Stiftung Umweltenergierecht

Die PV im Osterpaket

– Überblick und Einordnung aus rechtswissenschaftlicher Perspektive –

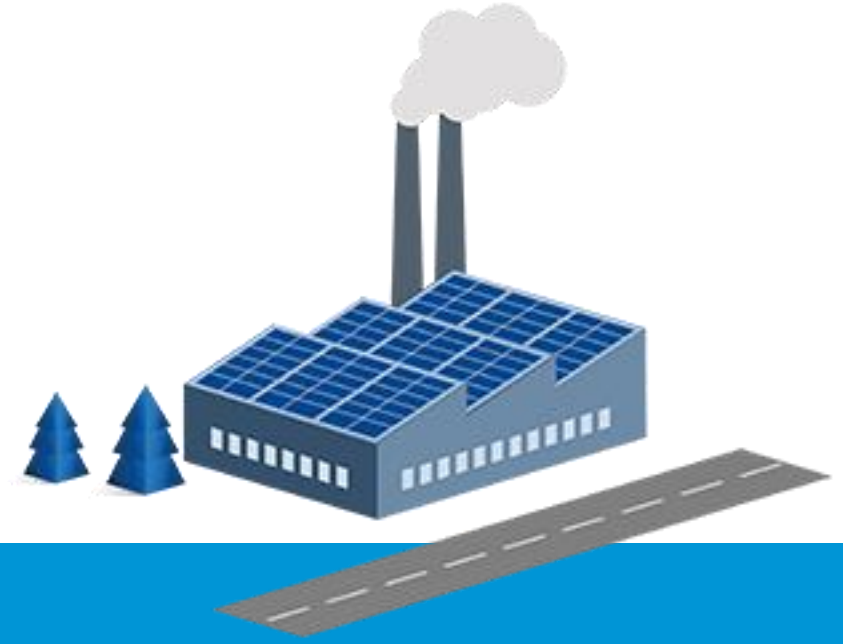
Solarfreunde Moosburg und Solarverband Bayern
Dr. Thorsten Müller
26.07.2022

Agenda

- Zur Stiftung Umweltenergierecht
- Ziele und „zeitliche Transformation“
- Unveränderte Systematik der PV-Regelungen
- Neuerungen für Aufdach-Anlagen
- Neuerungen für Freiflächenanlagen
- Neustart für die Bürgerenergie?
- Finanzielle Beteiligung der Kommunen
- Ausblick

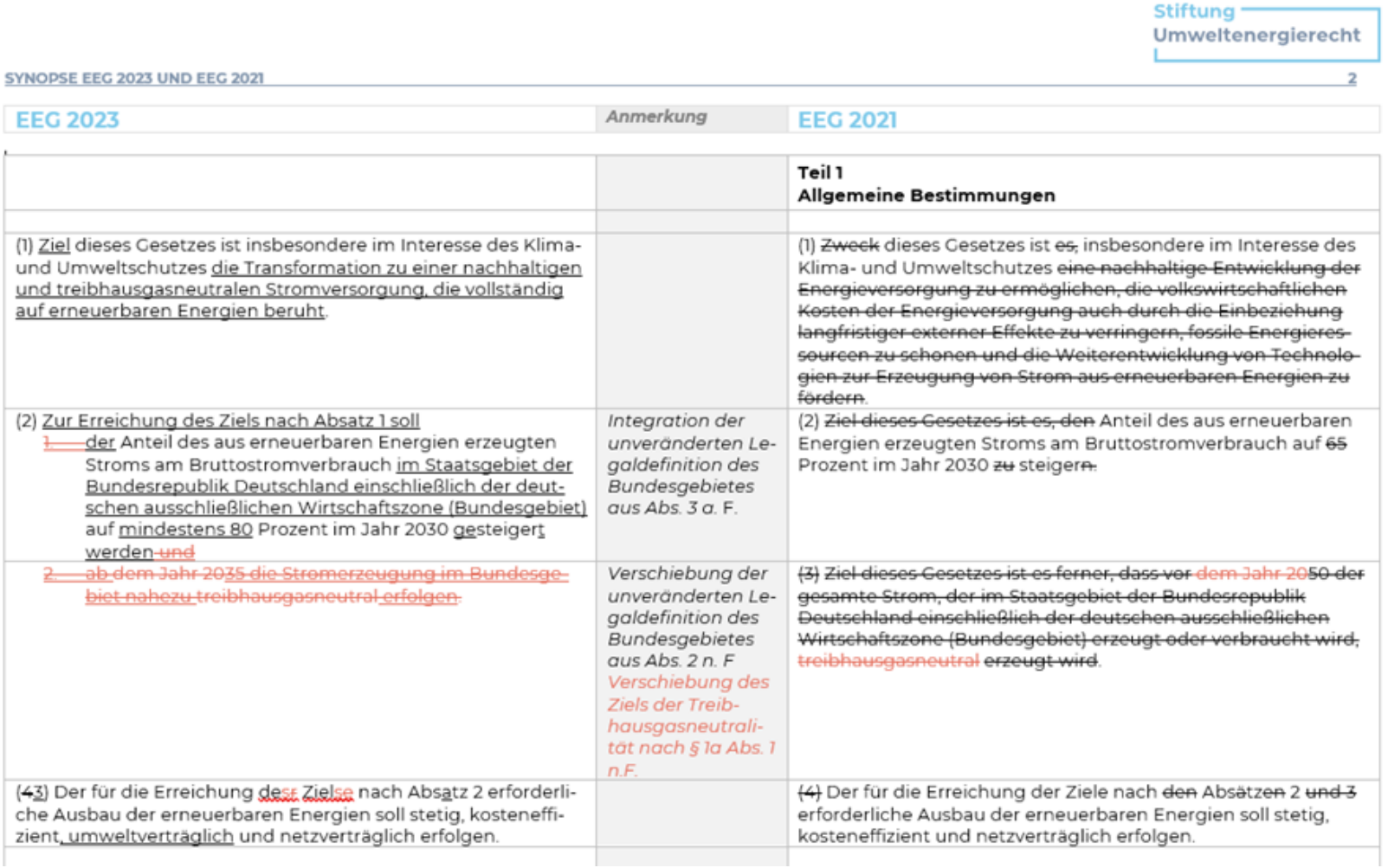
Zukunftswerkstatt für das Recht der Energiewende

- Gemeinnütziges, spezialisiertes Forschungsinstitut
- Leitfrage: Wie muss sich der Rechtsrahmen verändern, damit die energie- und klimapolitischen Ziele erreicht werden?
- Interdisziplinäre Forschungspartner, enger Austausch mit der Praxis
- Beratung in Gesetzgebungsprozessen



Ziele und zeitliche Transformation

Beibehaltung des 2030-Ziels bei Streichung des 2035-Ziels



Stiftung Umweltenergierecht

SYNOPSE EEG 2023 UND EEG 2021 2

EEG 2023	*Anmerkung*	EEG 2021
		Teil 1 **Allgemeine Bestimmungen**
(1) Ziel dieses Gesetzes ist insbesondere im Interesse des Klima- und Umweltschutzes die Transformation zu einer nachhaltigen und treibhausgasneutralen Stromversorgung, die vollständig auf erneuerbaren Energien beruht.		(1) ~~Zweck~~ dieses Gesetzes ist ~~es,~~ insbesondere im Interesse des Klima- und Umweltschutzes ~~eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte zu verringern, fossile Energieressourcen zu schonen und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern~~.
(2) Zur Erreichung des Ziels nach Absatz 1 soll 1. der Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms am Bruttostromverbrauch im Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone (Bundesgebiet) auf mindestens 80 Prozent im Jahr 2030 gesteigert werden ~~und~~	*Integration der unveränderten Legaldefinition des Bundesgebietes aus Abs. 3 a. F.*	(2) ~~Ziel dieses Gesetzes ist es, den~~ Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms am Bruttostromverbrauch auf ~~65~~ Prozent im Jahr 2030 ~~zu~~ steiger~~n~~.
~~2. ab dem Jahr 2035 die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral erfolgen.~~	*Verschiebung der unveränderten Legaldefinition des Bundesgebietes aus Abs. 2 n. F* *Verschiebung des Ziels der Treibhausgasneutralität nach § 1a Abs. 1 n.F.*	~~(3) Ziel dieses Gesetzes ist es ferner, dass vor dem Jahr 2050 der gesamte Strom, der im Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone (Bundesgebiet) erzeugt oder verbraucht wird, treibhausgasneutral erzeugt wird~~.
(~~3~~) Der für die Erreichung dess Zielse nach Absatz 2 erforderliche Ausbau der erneuerbaren Energien soll stetig, kosteneffizient, umweltverträglich und netzverträglich erfolgen.		~~(4)~~ Der für die Erreichung der Ziele nach ~~den~~ Absätzen 2 ~~und 3~~ erforderliche Ausbau der erneuerbaren Energien soll stetig, kosteneffizient und netzverträglich erfolgen.

https://stiftung-umweltenergierecht.de/synopse_eeg-novelle-2023/

Neu: § 1a EGG 2023 Zeitliche Transformation

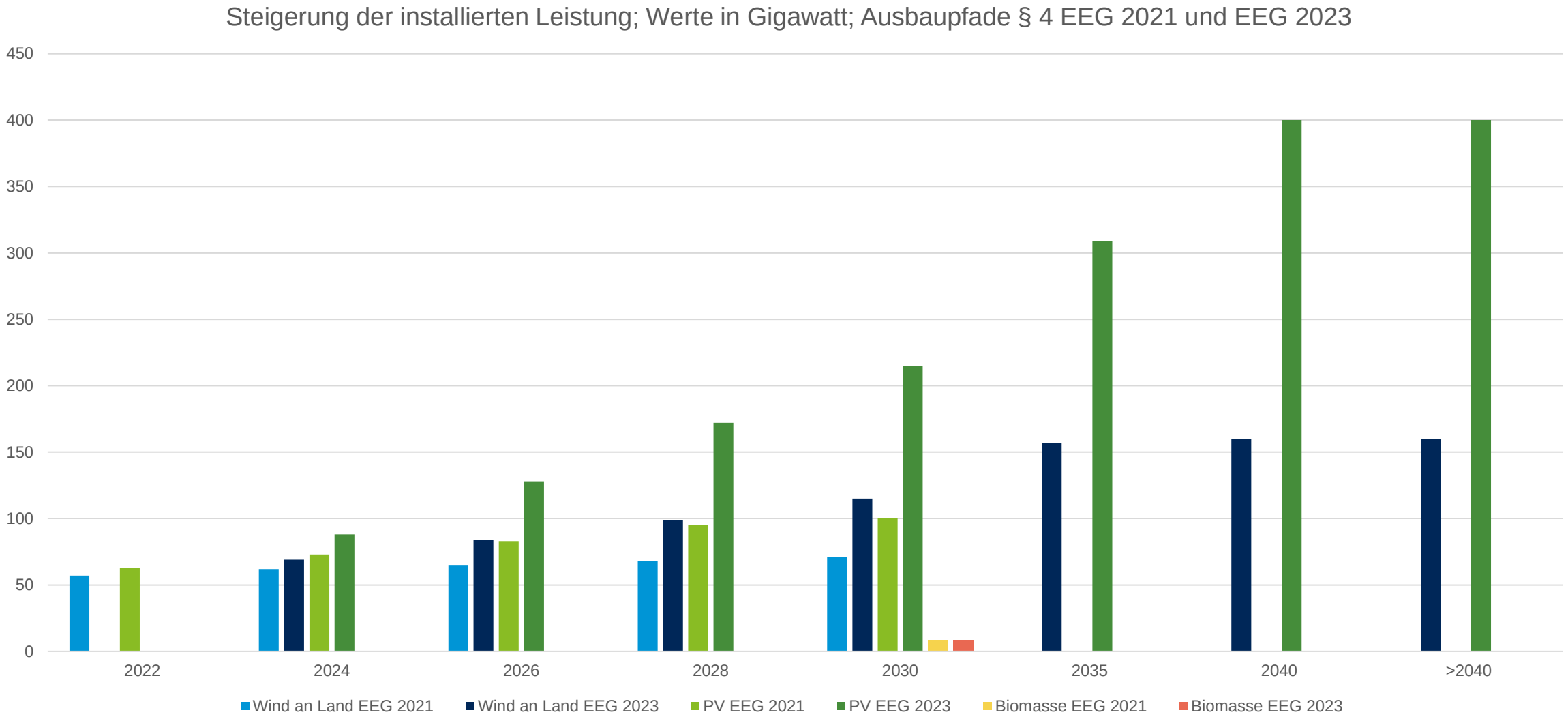
- § 1a I als Ersatz für das gestrichene 2035-Ziel: „Nach der Vollendung des Kohleausstiegs wird die Treibhausgasneutralität der Stromversorgung im Bundesgebiet angestrebt.“
- Weitere Festlegungen des § 1a weitreichender:
  - II 1: „Nach der Vollendung des Kohleausstiegs soll der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien marktgetrieben erfolgen.“
  - II 2 Nr. 1: „legt keine Ausschreibungsvolumen und Gebotstermine für die Zeit nach der Vollendung des Kohleausstiegs fest“

    → keine Festlegungen ab 2029/30, Nachsteuerungserfordernis?
  - II 2 Nr. 2: sonstige Zahlungsansprüche sollen „auf ein Niveau begrenzt werden, das keine Förderung darstellt.“

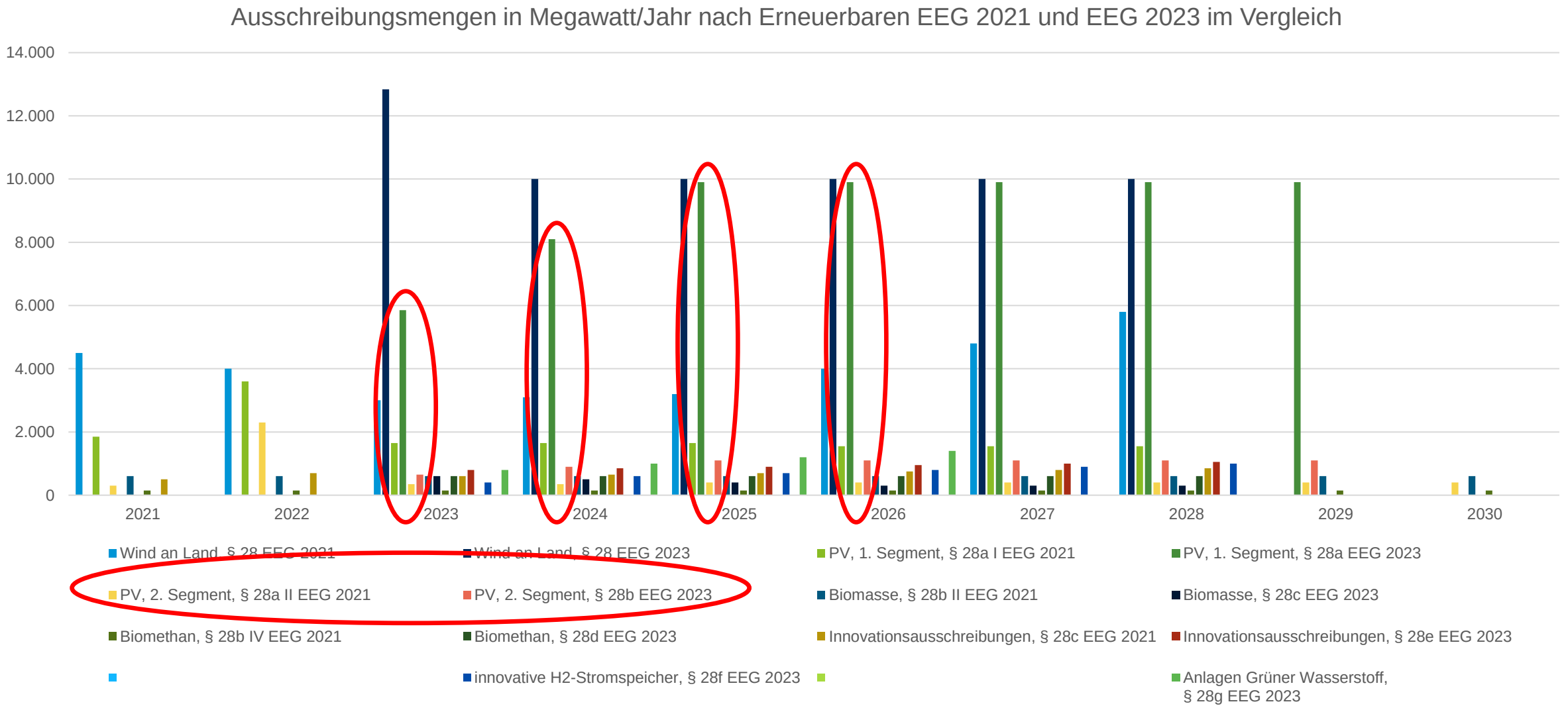
Rechtliche Einordnung des § 1a EEG 2023

- Auch § 1a EEG 2023 ist eine Ziel-Bestimmung und enthält damit keine unmittelbaren Rechte oder Pflichten
  - Kein Anspruch auf zusätzliche Ausschreibungsmengen oder -termine ab 2029
  - Keine automatische Veränderung der gesetzlich bestimmten anzulegenden Werte
- Aber: Reduzierung des Vertrauensschutzes für in Planung befindliche Anlagen im Hinblick auf die Fortgeltung von Zahlungsansprüchen
- Von besonderer Relevanz: § 1a III:
  - „fortlaufend die Entwicklung des marktgetriebenen Ausbaus der erneuerbaren Energien und bewertet diese Entwicklung vor dem Hintergrund der Ausbauziele.“ (Hervorhebung nicht im Original)
  - Vorschlag zur Finanzierung des EE-Ausbaus nach der Vollendung des Kohleausstiegs bis spätestens 31.03.2024

Anhebung des Ausbaupfades nach § 4 EEG 2023



Ausschreibungsmengen, §§ 28 ff. EGG 2023



Fokus: Ausschreibungsmengen Wind und PV

	Wind an Land, § 28 EEG 2021/EEG 2023		PV, 1. Segment, § 28a I EEG 2021/§ 28a		PV, 2. Segment, § 28a II EEG 2021/§ 28b	
	EEG 2021	EEG 2023	EEG 2021	EEG 2023	EEG 2021	EEG 2023
2021	4.500		1.850		300	
2022	4.000		3.600		2.300	
2023	3.000	12.840	1.650	5.850	350	650
2024	3.100	10.000	1.650	8.100	350	900
2025	3.200	10.000	1.650	9.900	400	1.100
2026	4.000	10.000	1.550	9.900	400	1.100
2027	4.800	10.000	1.550	9.900	400	1.100
2028	5.800	10.000	1.550	9.900	400	1.100
2029				9.900	400	1.100
2030					400	

https://dserver.bundestag.de/btd/20/016/2001630.pdf

Fokus: Ausschreibungsmengen Wind und PV

	Wind an Land, § 28 EEG 2021/EEG 2023		PV, 1. Segment, § 28a I EEG 2021/§ 28a		PV, 2. Segment, § 28a II EEG 2021/§ 28b		*Informatorisch: Ableitung der Mengen für PV, 2. Segment ohne Ausschreibungen*
	EEG 2021	EEG 2023	EEG 2021	EEG 2023	EEG 2021	EEG 2023	
2021	4.500		1.850		300		
2022	4.000		3.600		2.300		
2023	3.000	12.840	1.650	5.850	350	650	*5.200*
2024	3.100	10.000	1.650	8.100	350	900	*7.200*
2025	3.200	10.000	1.650	9.900	400	1.100	*8.800*
					400	1.100	*8.800*
					400	1.100	*8.800*
					400	1.100	*8.800*
					400	1.100	*8.800*
					400		

Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode – 3 – **Drucksache 20/1630**

- Die wesentlichen Hemmnisse bei der Windenergie an Land bestehen in anderen Bereichen und werden durch gesonderte Gesetzgebungsverfahren abgebaut. Zur Flankierung dieser Maßnahmen enthält dieses Gesetz wichtige Detailverbesserungen für die Windenergie an Land. Die Zahl der Gebotstermine wird erhöht und verstetigt. Das Referenzertragsmodell wird weiterentwickelt, um mehr Potenziale in Süddeutschland zu erschließen.
- Bei der Solarenergie wird der Ausbau hälftig auf Dach- und auf Freiflächenanlagen verteilt. Für die Dachanlagen werden die Rahmenbedingungen

https://dserver.bundestag.de/btd/20/016/2001630.pdf

Ausweitung der strikten Mengensteuerung PV 1. Segment, § 28a

(3) Das Ausschreibungsvolumen ¶

1. → erhöht sich ab dem Jahr 2024 jeweils um die Mengen, für die in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr bei den Ausschreibungen für Solaranlagen des ersten Segments nach diesem Gesetz keine Zuschläge erteilt werden konnten, und ¶
2. → verringert sich jeweils ¶
   a) → um die Summe der installierten Leistung der Solaranlagen des ersten Segments, die bei einer Ausschreibung eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr im Bundesgebiet bezuschlagt worden sind, soweit eine Anrechnung nach § 5 Absatz 5 völkerrechtlich vereinbart ist, ¶
   b) → um die Summe der installierten Leistung der Solaranlagen des ersten Segments, für deren Strom kein anzulegender Wert oder der anzulegende Wert nicht durch Ausschreibungen bestimmt worden ist und die in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr an das Register als in Betrieb genommen gemeldet worden sind, ¶
   c) → um die Summe der Gebotsmengen für Solaranlagen des ersten Segments, die in den Ausschreibungen nach § 39n in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr bezuschlagt worden sind, und ¶
   d) → um die Summe der Gebotsmengen für Solaranlagen des ersten Segments, die in den Ausschreibungen nach § 39o in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr bezuschlagt worden sind ¤

Abzug der Mengen aus geöffneten Ausschreibungen

Abzug der Mengen außerhalb der Ausschreibungen und der Förderung

Abzug der Mengen aus den Innovationsausschreibungen

Abzug der Mengen aus den Ausschreibungen für wasserstoffbasierte Stromspeicher

Ausweitung der strikten Mengensteuerung PV 2. Segment, § 28b

(3) Das Ausschreibungsvolumen
1. → erhöht sich ab dem Jahr 2024 jeweils um die Mengen, für die in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr bei den Ausschreibungen für Solaranlagen des zweiten Segments nach diesem Gesetz keine Zuschläge erteilt werden konnten, und
2. → verringert sich jeweils
   a) → um die Summe der installierten Leistung der Solaranlagen des zweiten Segments mit einer installierten Leistung von mehr als 1 Megawatt, für deren Strom kein anzulegender Wert oder der anzulegende Wert nicht durch Ausschreibungen bestimmt worden ist und die in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr an das Register als in Betrieb genommen gemeldet worden sind, und
   b) → um die Summe der Gebotsmengen für Solaranlagen des zweiten Segments, die in den Ausschreibungen nach § 39o in dem jeweils vorangegangenen Kalenderjahr bezuschlagt worden sind ¤

Abzug der Mengen außerhalb der Ausschreibungen und der Förderung

Abzug der Mengen aus den Ausschreibungen für wasserstoffbasierte Stromspeicher

Unveränderte Systematik für die PV

Unverändert drei Förderbereiche

PV 1. Segment

(umgangssprachlich: Freiflächenanlagen)

- Bis 100 kWp: Einspeisevergütung
- Bis 750 kWp: Marktprämie ohne Ausschreibung
- Größer 750 kWp: Marktprämie mit Ausschreibung

PV 2. Segment

(umgangssprachlich: Aufdach-Anlagen)

- Bis 100 kWp: Einspeisevergütung
- Bis 750 kWp: Marktprämie ohne Ausschreibung
- Größer 750 kWp: Marktprämie mit Ausschreibung

Mieterstrom

- Bis 100 kWp: Mieterstromzuschlag

Unverändert drei Förderbereiche, ab 2023 geänderte Schwellenwerte

PV 1. Segment

(umgangssprachlich: Freiflächenanlagen)

- Bis 100 kWp: Einspeisevergütung
- Bis **1.000 kWp**: Marktprämie ohne Ausschreibung
- Größer **1.000 kWp**: Marktprämie mit Ausschreibung

PV 2. Segment

(umgangssprachlich: Aufdach-Anlagen)

- Bis 100 kWp: Einspeisevergütung
- Bis **1.000 kWp**: Marktprämie ohne Ausschreibung
- Größer **1.000 kWp**: Marktprämie mit Ausschreibung

Mieterstrom

- ~~Bis 100 kWp~~: Mieterstromzuschlag

Abgrenzung erstes und zweites Segment (§ 3 Nr. 41a bzw. 41b EEG 2023)

Solaranlage des ersten Segments

- jede Freiflächenanlage und jede Solaranlage auf, an oder in einer baulichen Anlage, die weder Gebäude noch Lärmschutzwand ist
- Freiflächenanlage: Keine Anbringung auf, an oder in einem Gebäude oder sonstigen baulichen Anlage, die vorrangig zu anderen Zwecken als der Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie errichtet worden ist (§ 3 Nr. 22)

Solaranlage des zweiten Segments

- jede Solaranlage auf, an oder in einem Gebäude oder einer Lärmschutzwand

„Aufdach-Anlagen“ (2. Segment)

Solaranlagen 2. Segmente *ohne* Ausschreibungen

Neue Unterscheidung zw. Überschuss- und Volleinspeisung, § 104 XIV EEG 2021/§ 48 II/IIa EEG 2023

- Volleinspeiseanlagen
  - Identische Anforderungen wie bisherige Überschusseinspeiseanlagen
  - plus
    - Pflicht zur Einspeisung des „gesamten in einem Kalenderjahr in der Anlage erzeugten Strom(s) mit Ausnahme des Stroms, der in der Solaranlage oder in deren Neben- und Hilfsanlagen zur Erzeugung von Strom im technischen Sinn verbraucht wird“
    - Mitteilung an den Netzbetreiber vor 1.12. des Vorjahres, in 2022 vor Inbetriebnahme
- Rechtsfolge: Erhöhung des Zahlungsanspruchs
- Anwendungsbereich: alle Anlagen nach § 48 EEG 2021/§ 48 EEG 2023
  - In 2022: Anlagen bis einschließlich 750 kWp
  - Ab 2023: Anlagen bis einschließlich 1.000 kWp

Neue Höhe der Zahlungsansprüche im EEG 2021 und EEG 2023

„Normaltarif“ alt
§§ 48, 49 EEG 2021
Anzulegende Werte - ≤ 10 kWp: 8,56 ct/kWh - ≤ 40 kWp: 8,33 ct/kWh - ≤ 750 kWp: 6,62 ct/kWh - Abzüglich Degression, § 49 EEG 2021

Neue Höhe der Zahlungsansprüche im EEG 2021 und EEG 2023

„Normaltarif“ alt	„Eigenverbrauchstarif“ neu
§§ 48, 49 EEG 2021	§ 100 XIV 1 EEG 2021/ § 48 II EEG 2023
Anzulegende Werte - ≤ 10 kWp: 8,56 ct/kWh - ≤ 40 kWp: 8,33 ct/kWh - ≤ 750 kWp: 6,62 ct/kWh - Abzüglich Degression, § 49 EEG 2021	Anzulegende Werte - ≤ 10 kWp: **8,60 ct/kWh** - ≤ 40 kWp: **7,50 ct/kWh** - ≤ 750 kWp (2022) *bzw.* 1.000 kWp (ab 2023): **6,20 ct/kWh**

Neue Höhe der Zahlungsansprüche im EEG 2021 und EEG 2023

„Normaltarif“ alt	„Eigenverbrauchstarif“ neu	„Volleinspeisetarif“
§§ 48, 49 EEG 2021	§ 100 XIV 1 EEG 2021/ § 48 II EEG 2023	§ 100 XIV 3 EEG 2021/ § 48 IIa EEG 2023
Anzulegende Werte für Anlagen - ≤ 10 kWp: 8,56 ct/kWh - ≤ 40 kWp: 8,33 ct/kWh - ≤ 750 kWp: 6,62 ct/kWh - Abzüglich Degression, § 49 EEG 2021	Anzulegende Werte für Anlagen - ≤ 10 kWp: **8,60 ct/kWh** - ≤ 40 kWp: **7,50 ct/kWh** - ≤ 750 kWp (2022) *bzw.* 1.000 kWp (ab 2023): **6,20 ct/kWh**	Erhöhung des anzulegenden Werts aus Satz 1/Abs. 2 - ≤ 10 kW um 4,80 ct/kWh (**= 13,4 ct/kWh**) - ≤ 40 kW um 3,80 ct/kWh (**= 11,3 ct/kWh**) - *≤ 100 kW* um 5,10 ct/kWh (**= 11,3 ct/kWh**) - ≤ 300 (2022) bzw. ≤ 400 (ab 2023) kW um 3,20 ct/kWh (**= 9,4 ct/kWh**) - ≥ 1.000 kW (ab 2023) um **1,90 ct/kWh** (**= 8,1 ct/kWh**)

Neue Höhe der Zahlungsansprüche im EEG 2021 und EEG 2023

„Normaltarif“ alt	„Eigenverbrauchstarif“ neu	„Volleinspeisetarif“
§§ 48, 49	§ 100 XIV 1 EEG 2021/ § 48 II EEG 2023	§ 100 XIV 3 EEG 2021/ § 48 IIa EEG 2023
Anzuleg	Anzulegende Werte für Anlagen	Erhöhung des anzulegenden Werts aus Satz 1/Abs. 2
- ≤ 10 kWp: 8,56 ct/kWh*	- ≤ 10 kWp: **8,60 ct/kWh***	- ≤ 10 kW um 4,80 ct/kWh (**= 13,4 ct/kWh**) *
- ≤ 40 kWp: 8,33 ct/kWh*	- ≤ 40 kWp: **7,50 ct/kWh** *	- ≤ 40 kW um 3,80 ct/kWh (**= 11,3 ct/kWh**) *
- ≤ 750 kWp: 6,62 ct/kWh(*)	- ≤ 750 kWp (2022) *bzw.* 1.000 kWp (ab 2023): **6,20 ct/kWh**(*)	- ≤ 100 kW um 5,10 ct/kWh (**= 11,3 ct/kWh**)*
- Abzüglich Degression, § 49 EEG 2021		- ≤ 300 (2022) bzw. ≤ 400 (ab 2023) kW um 3,20 ct/kWh (**= 9,4 ct/kWh**)
		- ≤ 1.000 kW (ab 2023) um **1,90 ct/kWh** (**= 8,1 ct/kWh**)

Wie bisher bei Einspeisevergütung minus 0,4 ct/kWh, § 53 I EEG 2021/2023

Anwendbarkeit der erhöhten Vergütungen

- Neuregelung bereits durch Art. 1, Inkrafttreten damit am Tag nach Verkündung, Art. 20 II Nr. 1 Änderungsgesetz
  - Ausnahme: Schwellenwerte 400 statt 300 kWp und 1.000 statt 750 kWp erst in Art. 2 geregelt und damit zum 1.1.2023 gültig, Art. 20 I Änderungsgesetz
- Maßgeblich nach den normalen Regeln des EEG ist der Zeitpunkt der Inbetriebnahme
- Keine weitergehenden Anforderungen (anders als im Regierungsentwurf)
- Achtung: beihilferechtlicher Genehmigungsvorbehalt, § 105 EEG 2021/§ 101 EEG 2023

Inbetriebnahme nach Inkrafttreten möglich, aber Auszahlung erst nach Erteilung (und nach Maßgabe) der Genehmigung

Abgrenzung von Überschuss- und Volleinspeiseanlage

- Wahl- und Wechselrecht des Anlagenbetreibers, § 100 XIV 2, 3 Nr. 3 (analog) EEG 2021/§ 48 IIa 1, 2 Nr. 3 (analog)
  - Textform
  - Vor Inbetriebnahme, für Folgejahre jeweils vor 1.12. des Vorjahres
- Damit: Möglichkeit zwischen den Anlagentypen zu wechseln

Eigenverbrauchs- & Volleinspeiseanlage auf einem Dach möglich

- § 100 XIV 3 EEG 2021/ § 48 IIa 3 EEG 2023:
  - Grds. gilt § 24 in entsprechender Anwendung,
  - Aber: Anlagenbetreiber kann bestimmen, dass Solaranlagen, die innerhalb von weniger als 12 aufeinander folgenden Kalendermonaten in Betrieb genommen werden, (…) als zwei Anlagen anzusehen sind; wenn
    - Anlagen in/an/auf demselben Gebäude;
    - Abrechnung über jeweils eigene Messeinrichtung;
    - Anlagenbetreiber dem Netzbetreiber fristgerecht mitteilt (2022: vor Inbetriebnahme/ab 2023: vor dem 1.12. des vorangegangenen Kalenderjahrs), für welche der Anlagen er Volleinspeisetarif in Anspruch nehmen will
- Fraglich, ob Anlagenzuschnitt änderbar ist: „… als zwei Anlagen anzusehen sind …“; „… mitgeteilt hat, für welche der beiden Anlagen er den erhöhten anzulegenden Wert nach Satz 2 in Anspruch nehmen möchte …“

Konsequenz in 2022 bei Verstoß gegen Volleinspeiseobliegenheit

- Rechtsfolge nach § 100 XIV 4 EEG 2021 im Jahr 2022: Marktwert statt gesetzlichem anzulegenden Wert
- Problem: Marktwert höher als anzulegender Wert?!

Alle Werte in ct/kWh	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
Alle Werte in ct/kWh	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
MW Solar	17,838	11,871	20,712	14,566	15,132	18,940						

- Wohl kein geschütztes Vertrauen, Regelung noch (wenn auch vermutlich nicht rückwirkend) zu ändern!

Konsequenz ab 2023 bei Verstoß gegen Volleinspeiseobliegenheit

- Keine Änderung des anzulegenden Wertes
- Aber Zahlungspflicht gem. neu gefasster Sanktionsnorm, § 52 I Nr. 10 EEG 2023
  - Regelmäßig 10 €/kWp, § 52 II EEG 2023
  - Absenkung auf 2 €/kWp für Verstöße gegen Volleinspeiseobliegenheit, § 52 III Nr. 2 EEG 2023
  - Regelmäßig nur für Kalendermonat mit Pflichtverstoß, § 52 II EEG 2023
  - Verlängerung auf gesamtes Kalenderjahr bei Verstößen gegen Volleinspeiseobliegenheit, § 52 IV Nr. 3 EEG 2023
  - Kurze Verjährung von zwei Kalenderjahren nach Verstoß, § 52 VI 2 EEG 2023

Degression, § 49 EEG 2023: Abschaffung „atmender Deckel“

- Keine Degression mehr in Abhängigkeit vom Zubau
  - Aber auch keine „Hebebühne“ bei Verfehlung von Ausbauzielen
- Aussetzung der Degression bis Anfang 2024, § 49 I
- Gleichmäßige Absenkung um 1 % alle sechs Monate, beginnend am 1.2.2024
- Wie bisher: Rundung auf 2 Stellen nach dem Komma

- Neue Verordnungsermächtigung nach § 95 Nr. 1a zur Festlegung einer dann zukünftig abweichenden Degression und der anzulegenden Werte

Beendigung der Teilvergütungsregelung für Anlagen ab 300 kWp

- Mit EEG 2021 Vergütungsanspruch von großen Aufdach-Anlagen mit mehr als 300 bis 750 kWp auf 50 % des erzeugten Stroms begrenzt, § 48 V EEG 2021
- Zweistufige Abschaffung
  - Tag nach Verkündung (= Inkrafttreten Art. 1): Anspruch für Neuanlagen auf Vergütung von 80 % des erzeugten Stroms , § 100 IX EEG 2021
  - 1.1.2023: Anspruch für Neuanlagen auf Vergütung von 100 % des erzeugten Stroms; § 48 V EEG 2021 wird gestrichen

Solaranlagen 2. Segmente *mit* Ausschreibungen

Direkt wirkende Änderung: Kürzung Ausschreibungsvolumen 2022

- Ausschreibungsvolumen zum 1.12.2022 wird gekürzt
  - Neues Volumen ergibt sich aus Ausschreibungsterminen 1.4. und 1.8.2022
  - Durchschnitt der Gebotsmengen der zugelassenen Gebote, ggf. Erhöhung, falls im August Überzeichnung (§ 28a V EEG 2021)

Neuordnung ab 2023

- Ausschreibungserfordernis, -volumen und dessen Kürzung: (s. o.)
  - Ausschreibungserfordernis erst ab 1.000 kWp (bisher 750 kWp)
  - Deutliche Steigerung gegenüber EEG 2021 (aber nicht im Vergleich zu 2022)
  - Absoluter Mengendeckel, § 28b III Nr. 2 EEG 2023
- Höchstwert wieder 9 ct/kWh von derzeit 8,91 ct/kWh, § 38e I EEG 2023
- Absenkung des Höchstwertes ausgesetzt bis Ende 2023,
  ab 2024 wieder 1 % jährlich, § 38e II EEG 2023
- Drei statt bisher zwei Ausschreibungstermine im Jahr 2023 bis 2029
  - 1. Februar, 1. Juni und 1. Oktober, § 28b I EEG 2023
  - Statt: 1. April und 1. Oktober

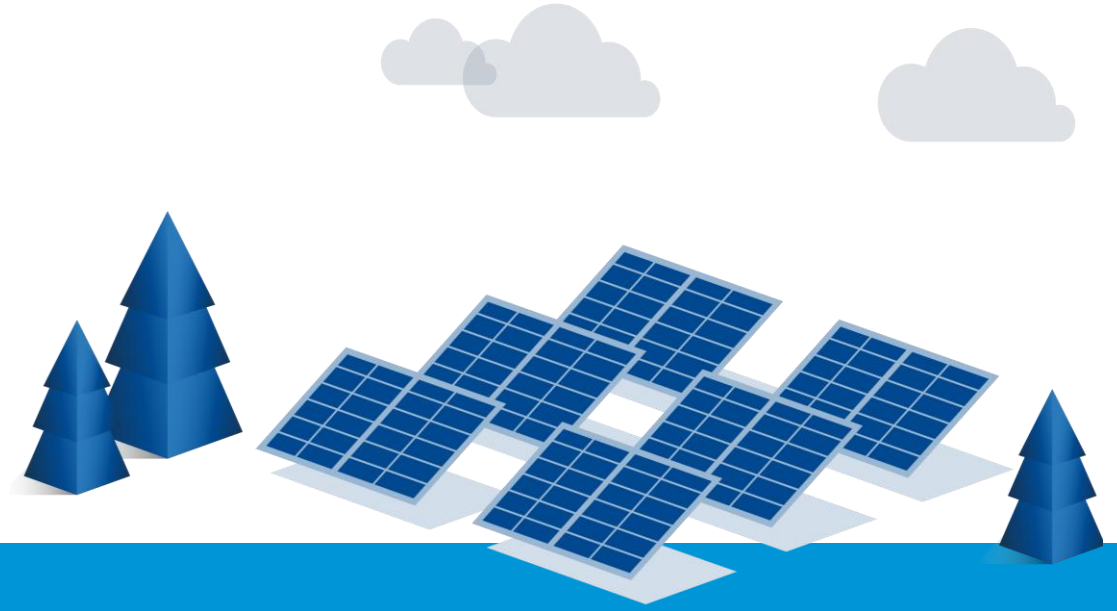
Netzanschlussaspekte

Keine Spitzenkappung ab 1.1.2023 für Neuanlagen bis 25 kWp

- Bisher Pflicht zur Reduzierung der Wirkleistungseinspeisung auf 70 %, wenn keine technische Einrichtung zur Leistungsreduzierung durch den Netzbetreiber vorhanden ist, § 9 II 1 Nr. 3 EEG 2021
- Regelung wird zum 1.1.2023 (Art. 2 des Änderungsgesetzes) für Neuanlagen gestrichen
  - P.: Attentismus?
- Verstoß von Bestandsanlagen: § 52 EEG 2023 (vgl. § 100 IX EEG 2023)
  - 10 €/kWp je Kalendermonat ohne 70-%-Reduzierung oder technische Einrichtung
  - Reduzierung auf 2 €/kWp rückwirkend, sobald Pflichtverstoß beendet, § 52 III Nr. 1 EEG 2023
- P. für Balkonanlagen? Weniger aus Neufassung von § 9 II EEG 2023, als vielmehr aus Neufassung des § 52 EEG 2023

Direkt wirksame Erleichterungen Netzanschluss, § 8 EEG 2023

- Netzbetreiber muss beim Netzanschluss von Anlagen bis 30 kWp nicht mehr zwingend anwesend sein (Umkehr der Darlegungslast), NB muss Anwesenheitserfordernis begründen, § 8 VI 1 Nr. 3, 2 EEG 2023
- Ab 2025 müssen Netzanschlussverfahren digitalisiert und beschleunigt werden, § 8 VII EEG 2023
  - Verfügbarkeit der Informationen im Internet
  - Möglichkeit digital Netzanschlussbegehren zu stellen
  - Halbierung der Reaktionszeit von 8 Wochen auf 1 Monat (wie heute schon bei Anlagen bis 10,8 kWp)
  - Überlappung/Abgrenzung zu § 14e EnWG noch nicht abschließend geklärt



„Freiflächen-Anlagen“ (1. Segment)

Solaranlagen 1. Segmente *mit* Ausschreibungen

Direkt wirkende Änderung: Kürzung Ausschreibungsvolumen 2022

- Ausschreibungsvolumen zum 1.11.2022 wird gekürzt
  - Neues Volumen ergibt sich aus Ausschreibungsterminen 1.3. und 1.6.2022
  - Statt 1.200.000 kWp (abzgl./zzgl. Korrekturen) werden nur 890.118 kWp ausgeschrieben
    - 1.083.632 (= 1.115.896-32.264) kWp
      + 696.604 (= 713.517- 16.913) kWp
      = 1.780.236 kWp
      Durchschnitt: 890.118 kWp

Eigene Rechnung nach: https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Ausschreibungen/Solaranlagen1/BeendeteAusschreibungen/start.html

Neuordnung ab 2023

- Ausschreibungserfordernis, -volumen und dessen Kürzung: (s. o.)
  - Ausschreibungserfordernis erst ab 1.000 kWp (bisher 750 kWp)
  - Deutliche Steigerung gegenüber EEG 2021
  - Absoluter Mengendeckel, § 28a III Nr. 2 EEG 2023
- Höchstwert: Dynamische Ausgestaltung in Abhängigkeit von Vorjahreswert plus 8 %, maximal 5,9 ct/kWh
- Keine fixe Absenkung des Höchstwertes
- Weiterhin drei Ausschreibungstermine im Jahr 2023 bis 2029
  - 1. März, 1. Juli und 1. Dezember, § 28a II EEG 2023
  - Statt: 1. März, 1. Juni und 1. November
- Weiterhin max. 20 MW-Anlagenleistung (vgl. inhaltlich unverändert § 24 II)

Mehr Fläche für die Freifläche, § 37 I EEG 2023

Bekannt/unverändert

- bereits versiegelt
- Konversionsfläche
- Gewerbe- oder Industriegebiet
- mit Planfeststellungsverfahren
- Eigentum des Bundes
- Ackerland oder Grünland in einem
- benachteiligten Gebiet

Neu/verändert

- entlang von Autobahnen oder Schienenwegen in einer Entfernung von bis zu 200m **ohne den bisherigen 15m-Korridor** (Nr. 2 c)
- künstliches Gewässer (Nr. 2 j)
- besondere Solaranlage (Nr. 3)
  - Agri-PV
  - Parkplätze
  - Wiedervernässte Moore

Änderungen bei den Flächenkategorien: Änderungen und Ergänzung

- § 37 I Nr. 2 lit. c) („Autobahnrand-PV“): Erweiterung des Seitenrandstreifens von 200 auf 500 Meter (15-m-Korridor schon durch KE gestrichen!)
- § 36 Nr. 2 lit. b) WHG (ordnungsrechtliche Einschränkung der Flächenkulisse für „Floating-PV“): Verringerung des Uferabstands bei Floating-PV von 50 auf 40 Meter
- Dritte Fallgruppe der „Agri-PV“ nach
  - Nutzpflanzenanbau, § 37 I Nr. 3 lit. a)
  - Dauerkulturen/mehrjährige Kulturen, § 37 I Nr. 3 lit. b)
  - Neu: Dauergrünland, § 37 I Nr. 3 lit. b)

Konkretisierungsbefugnis zu besonderen PV-Anlagen für BNetzA

- BNetzA kann Anforderungen an besondere Solaranlagen festlegen, §§ 37 I Nr. 3, 85c EEG 2023
- Weitergeltung der bestehenden Festlegung der BNetzA zur InnAusVO* für bisherige Agri- (Nutzpflanzenanbau, Dauerkulturen/mehrjährige Kulturen) und Parkplatz-PV, § 85c II EEG 2023
- Neufestlegung bis 1.7.2023 für Agri-PV auf Dauergrünland und Moor-PV, § 85c III EEG 2023

* BNetzA, Festlegung vom 01.10.2021, Az.: 8175-07-00-21/1

Erhöhung des anzulegenden Wertes bei Agri- und Moor-PV

- Gem. § 38b I 2 EEG 2023 erhöht sich der im Ausschreibungsverfahren ermittelte anzulegende Wert für Agri-PV-Anlagen (§ 37 I Nr. 3 lit. a-c EEG 2023)
  - 2023 um 1,2 ct/kWh,
  - 2024 um 1,0 ct/kWh,
  - 2025 um 0,7 ct/kWh und
  - 2026 bis 2028 um 0,5 ct/kWh
- § 38b I 3 EEG 2023 erhöht sich der im Ausschreibungsverfahren ermittelte anzulegende Wert für Moor-PV-Anlagen (§ 37 I Nr. 3 lit. e EEG 2023) um 0,5 ct/kWh
- Keine Erhöhung für Parkplatzanlagen als dritte Fallgruppe der besonderen Solaranlagen

Ausschluss von Flächen

- Ausschluss für alle Agri-PV-Anlagen auf Moorboden auf Tatbestandsebene, § 37 I Nr. 3 lit. a bis c) EEG 2023
- Ausschluss für Dauergrünland-Agri-PV-Anlagen
  - In Natura 2000-Gebieten nach § 7 I Nr. 8 BNatSchG und
  - Keine Lebensraumtyp nach Anhang I FFH-Richtlinie
- Nachweis jeweils durch Eigenerklärung
- Ausschluss von Naturschutzgebieten i.S.d. § 23 BNatSchG und Nationalparks i.S.d. § 24 BNatSchG
  - Nicht im Tatbestand des § 37 I Nr. 3 geregelt,
  - Voraussetzung für Ausstellung der Zahlungsberechtigung, § 38a I Nr. 5 lit. b) EEG 2023
  - Überprüfungspflicht für Netzbetreiber, § 38a III EEG 2023

Solaranlagen 1. Segmente *ohne* Ausschreibungen

Anhebung der Vergütung und Gleichlauf bei Voraussetzungen, aber kein Anreiz für Agri- und Moor-PV

- Anlagen bis max. 1.000 kWp: Anhebung des anzulegenden Wertes auf 7 ct/kWh (derzeit 4,66 ct/kWh), § 48 I EEG 2023
  - Anlagen > 1.000 kWp nur als Bürgerenergieanlagen außerhalb von Ausschreibungen möglich, dazu gleich
- Degression von 1 % alle 6 Monate, beginnend am 1.2.2024, § 49 EEG 2023
- Identische Flächenanforderungen wie Anlagen des 1. Segmentes in Ausschreibungen, § 48 I Nr. 1 bis 5
- Kein Aufschlag auf anzulegenden Wert für Agri-PV- oder Moor-PV-Anlagen analog zur Ausschreibung

„Garten-PV“ als Sonderfall

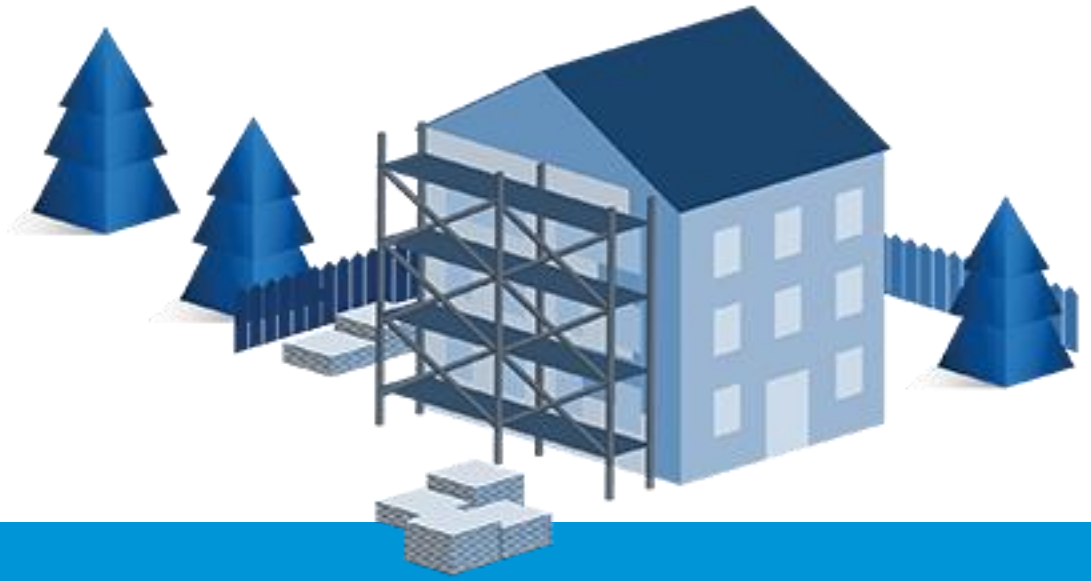
Ausnahmsweise Zahlungsanspruch jenseits vom Gebäude

- Zahlungsanspruch nach § 48 I Nr. 1a EEG 2023
  - Installierte Leistung ≤ 20 kW
  - Anzulegender Wert: 7,0 ct/kWh
- Wenn Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind:
  - Grundstück innerhalb eines bebauten Ortsteils (§ 34 BauGB)
    - Nicht im Außenbereich (§ 35 BauGB), nicht im B-Plangebiet (§ 30 BauGB)
    - Nicht nur „Garten“, auch Parkplätze etc.
  - Wohngebäude, auf dem die Errichtung einer Solaranlage nicht möglich
    - Konkretisierung durch VO gem. § 95 Nr. 3 EEG
    - Verfügbarkeit oder Eignung anderer Gebäude nicht relevant
  - Grundfläche Anlage ≤ Grundfläche Wohngebäude

Mieterstrom im EEG 2023

Ausweitung des Anwendungsbereichs für Mieterstrom

- Streichung der Größenbegrenzung von insgesamt 100 kWp in § 21 III EEG 2021
- Dadurch erstmalige Anwendbarkeit der Förderwerte von 100 kWp bis 750/1.000 (neu) kWp nach § 48a Nr. 3 EEG 2021
- Anspruchshöhe modifiziert durch „Einfrieren“ der zum 31.12.2022 maßgeblichen Höhe, § 48a EEG 2023
- Degression ab 1.2.2024 nach § 49 (1 % alle sechs Monate)
- Streichung des Mieterstromdeckels von 500 MW/a nach § 23 c EEG 2021
- Beschränkung des § 42a IIIa EnWG (maximale Laufzeit Mieterstromvertrag) auf die nicht durch Mieterstrom geförderten Strommengen, § 42a V EnWG n.F.



Bürgerenergie(gesellschaften)

Neue Rolle für Bürgerenergiegesellschaften

- Bürgerenergiegesellschaften zukünftig außerhalb von Ausschreibungen!
- Neben Wind an Land jetzt auch PV 1. Segment und 2. Segment > 1 MW
- Ausschöpfung der europarechtlichen Schwellenwerte von 6 MW für PV
- Wahlrecht des Vorhabenträgers für Bürgerenergiegesellschaft bis drei Wochen nach Inbetriebnahme gegenüber BNetzA auszuüben, § 22b II EEG 2023

Restriktive Ausgestaltung der Möglichkeit

- Restriktive Ausgestaltung des persönlichen Anwendungsbereichs …
  - Min. 50 natürliche Personen, min. 75 % der Stimmrechte, § 3 Nr. 15 lit. a), b)
  - Keine Stimmrechte für juristische Personen des Privatrechts, die nicht KMU sind, § 3 Nr. 15 lit. c)
  - Weiterhin niemand mit > 10 % der Stimmrechte
- … und der Nutzungsmöglichkeiten
  - Ausgeschlossen bei entsprechenden Investitionen drei Jahre zuvor und Sperrfrist für jede Förderung für drei Jahre, § 22b II Nr. 2, V
  - Gilt selbst, wenn mehrere Anlagen die Mengenkontingente nicht ausschöpfen
- Nachweis zum Vorliegen der Bürgerenergiegesellschaft zur Inbetriebnahme und alle fünf Jahre, § 22 IV

Erleichterungen zum persönlichen Anwendungsbereich

- Vereinfachungen bei Anforderungen an personelle Zusammensetzung in § 3 Nr. 15 EEG 2023:
  - Wohnsitz (zukünftig nicht mehr Erstwohnsitz erforderlich)
  - Bezugskreis nicht mehr Gebietskörperschaft, sondern Postleitzahlenbezirke im Umkreis von 50 km (analog zu Regionalnachweisen in § 79a)
- 100 %-Tochtergesellschaften von Bürgerenergiegesellschaften privilegiert, § 3 Nr. 15 a.E. EEG 2023
  - Aber keine „Erweiterung“ der Ausnahmegründe, vgl. § 22b V
- Lediglich deklaratorische Nennung der Genossenschaft als Rechtsform

Dynamische Förderhöhe

- Für PV-Anlagen 1. Segment unverändert Höhe des Zahlungsanspruchs in Abhängigkeit vom „Durchschnitt aus den Gebotswerten des jeweils höchsten noch bezuschlagten Gebots der Gebotstermine für Solaranlagen des ersten Segments in dem der Inbetriebnahme vorangegangenen Kalenderjahr“, § 48 Ia 1 EEG 2023
- Neu: Identische Regelung für Anlagen des zweiten Segments, § 48 Ia 2 EEG 2023
- Wie bisher: Veröffentlichung der maßgeblichen Werte durch BNetzA, § 48 Ia 3 EEG 2023

Finanzielle Beteiligung der Kommunen

Drei (im Grunde unveränderte) Regelungsbereiche

- Recht zum Angebot einer freiwilligen einseitigen Zuwendung ohne Gegenleistung an Gemeinden i. H. v. 0,2 ct je eingespeister Strommengen (bei Wind zusätzlich zu vergütenden „fiktiven“ Mengen)
  - **Keine Änderung durch Neuformulierung in § 6 I EEG 2023: „Anlagenbetreiber sollen Gemeinden, die von der Errichtung ihrer Anlage betroffen sind, finanziell beteiligen. Zu diesem Zweck dürfen Anlagenbetreiber den Gemeinden (…) Beträge (…) anbieten:“**
- Ausschluss strafrechtlicher Sanktionen nach §§ 331-334 StGB
- Erstattungsanspruch gegenüber Netzbetreiber

Anwendungsfälle und Regelungsdetails

Wind an Land

- Anlagen ab 1.000 kW (neu, bisher 750 kW; Folgeänderung)
- Bisher nur Anlagen mit Förderung, zukünftig alle Anlagen
- Erstattung nur soweit Förderung
- Vereinbarung vor BImSchG-genehmigung möglich
- Begünstigt: Gemeinden im Umkreis von 2.500 m um die Turmmitte

Freiflächenanlagen

- Jede Freiflächenanlage ohne Mindestgröße
- Alle Freiflächenanlagen unabhängig von Förderung
- Erstattung nur soweit Förderung
- Vereinbarung vor Baugenehmigung aber nicht vor Beschluss des B-Plans
- Begünstigt: Standortgemeinde(n) der Freiflächenanlagen

Klarstellungen bei Wind an Land und Freiflächen

- Angebot an alle betroffenen Kommunen verpflichtend (§ 6 II 4, III 4 EGG 2023)
- Nur Bundesgebiet bei Berechnung der Flächenanteile relevant (§ 6 II 5, III 4 EGG 2023)
- Bei Ablehnung durch einzelne Kommunen
  - kann der frei werdende Betrag den verbleibenden Kommunen angeboten (§ 6 II 6, III 4 EEG 2023) und
  - muss dann gleichmäßig nach Flächenanteilen verteilt werden (§ 6 II 7, III 4 EGG 2023)

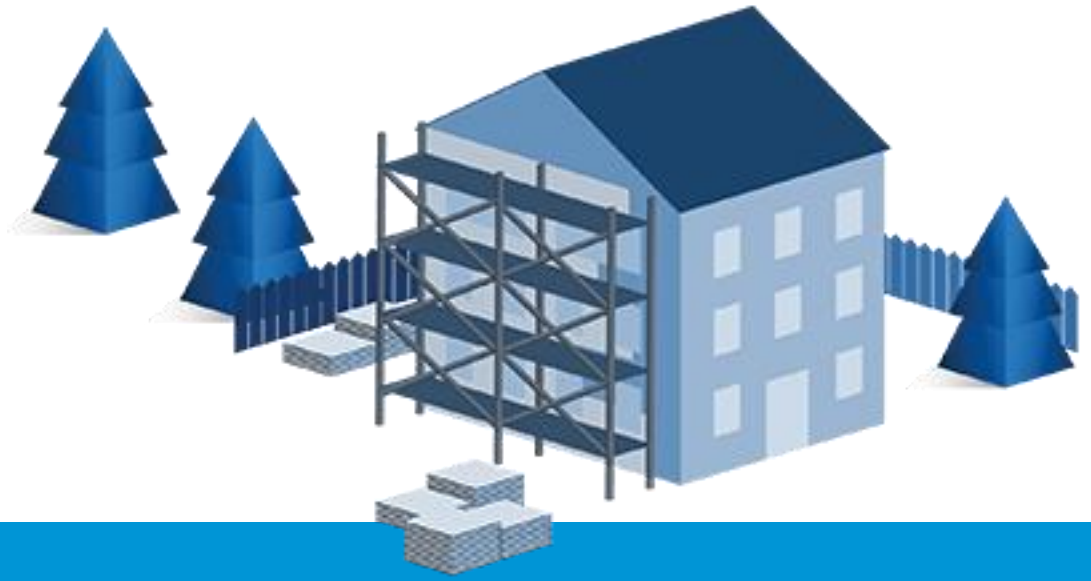
Freiflächen: Vorlage naturschutzverträgliches Konzept

- Kommunen dürfen „Abschluss der Vereinbarungen davon abhängig machen, dass der Betreiber ein Konzept, das fachlichen Kriterien für die naturschutzverträgliche Gestaltung von Freiflächenanlagen entspricht, vorgelegt oder nachgewiesen hat, dass die Umsetzung dieser Kriterien nicht möglich ist“ (§ 6 IV 2 EGG 2023)
  - Gesetzesbegründung: etwa Blühprogramme, extensive Beweidung und späte, hohe Mahd
  - Verstöße lassen **Legalisierungswirkung** des § 6 IV EGG 2023 unberührt
- Sinn und Durchsetzbarkeit fraglich, Instrumentalisierung der Kommunen?

Einbeziehung von Bestandsanlagen

- § 100 II 1 EGG 2023: § 6 n. F. ab 1.1.2023 anwendbar auf Bestandsanlagen
  - Mit Zuschlag ab 2021 (einschließlich Windenergie an Land zwischen 750 und 1.000 kW)
  - Die ab 2021 in Betrieb genommen wurden, soweit Ausschreibung nicht erforderlich
- § 100 II 2 EGG 2023: § 6 n. F. ab 1.1.2023 zudem anwendbar auf Bestandsanlagen
  - Mit Zuschlag vor 2021
  - Die vor 2021 in Betrieb genommen wurden, soweit Ausschreibung nicht erforderlich

➔ **Letztlich alle Wind-an-Land- und Freiflächen-Bestandsanlagen in den Anwendungsbereich des § 6 EGG 2023 einbezogen**



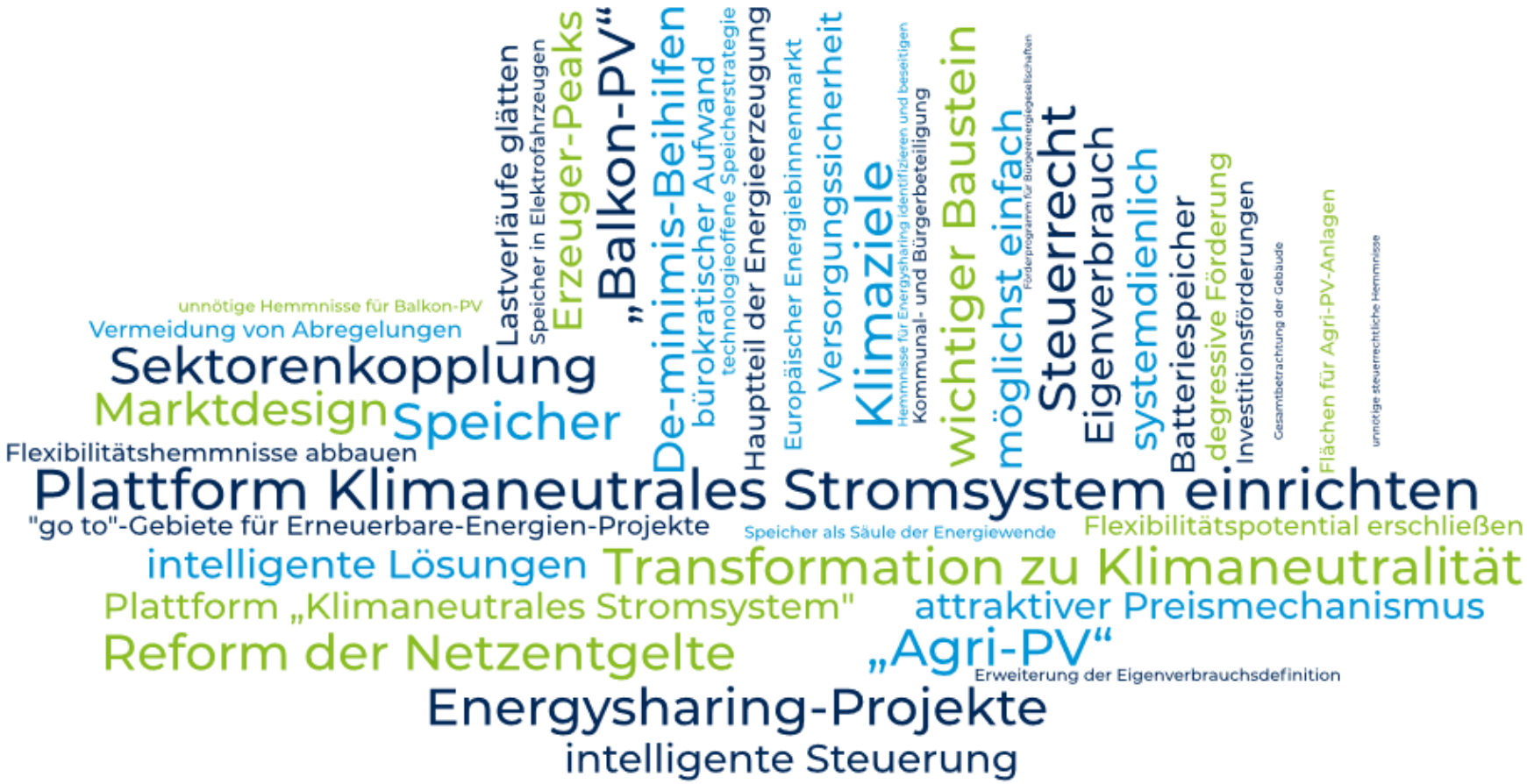
Wie geht es weiter?

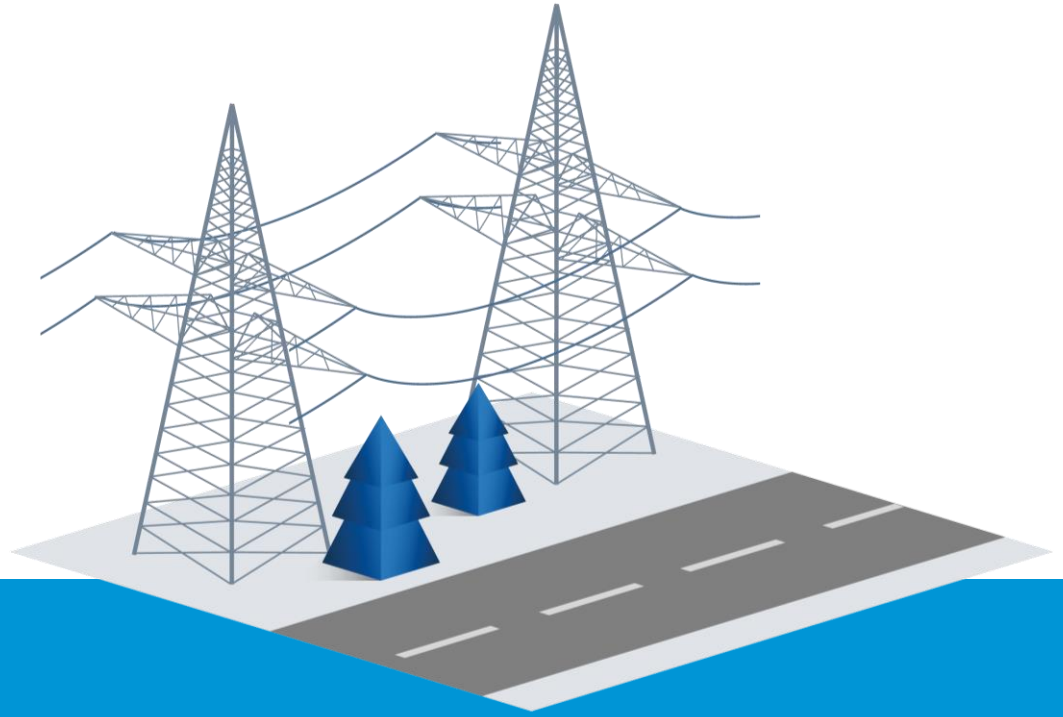
Wie geht es weiter?

- Veröffentlichung im BGBl. zeitnah zu erwarten
- Inkrafttreten gestaffelt:
  - Änderungen aus Artikel 1: am Tag nach Verkündung (Art. 20 II Nr. 1)
  - Sonstige Änderungen: am 1.1.2023 (Art. 20 I)
- (Rückwirkende) Anwendbarkeit aber erst nach beihilferechtlicher Genehmigung
  - Änderungen für PV-Anlagen in § 100 EEG 2021 gem. § 105 VI EEG 2021 n.F.
  - Änderungen nach Artikel 2 gem. § 101 EEG 2023

→ Entscheidende Frage: Wann ist mit Genehmigung zu rechnen?

Umfangreiche Aufträge im Entschließungsantrag





Und was ist mit Europa?

„Fit for 55”: Paket mit Gesetzesvorschlägen der EU-Kommission

EU-Klimagesetz (30.06.2021): EU-Ziele
- **Min. 55 %** THG-Minderung bis 2030
- Klimaneutralität bis spätestens 2050

14.07.2021/15.12.2021
„Fit for 55“-Paket

CO_2-Bepreisung

Überarbeitung
- **RL EU-Emissionshandel (EHS),**
- **Lastenteilungs-VO (ESR),**
- **RL zur Energiebesteuerung,**
- **LULUCF-VO (Landnutzung, Landnutzungsänderungen, Forstwirtschaft)**

Neu:
- **VO CO_2-Grenzausgleichssystem**
- **VO Klima-Sozialfonds**

Saubere Energie

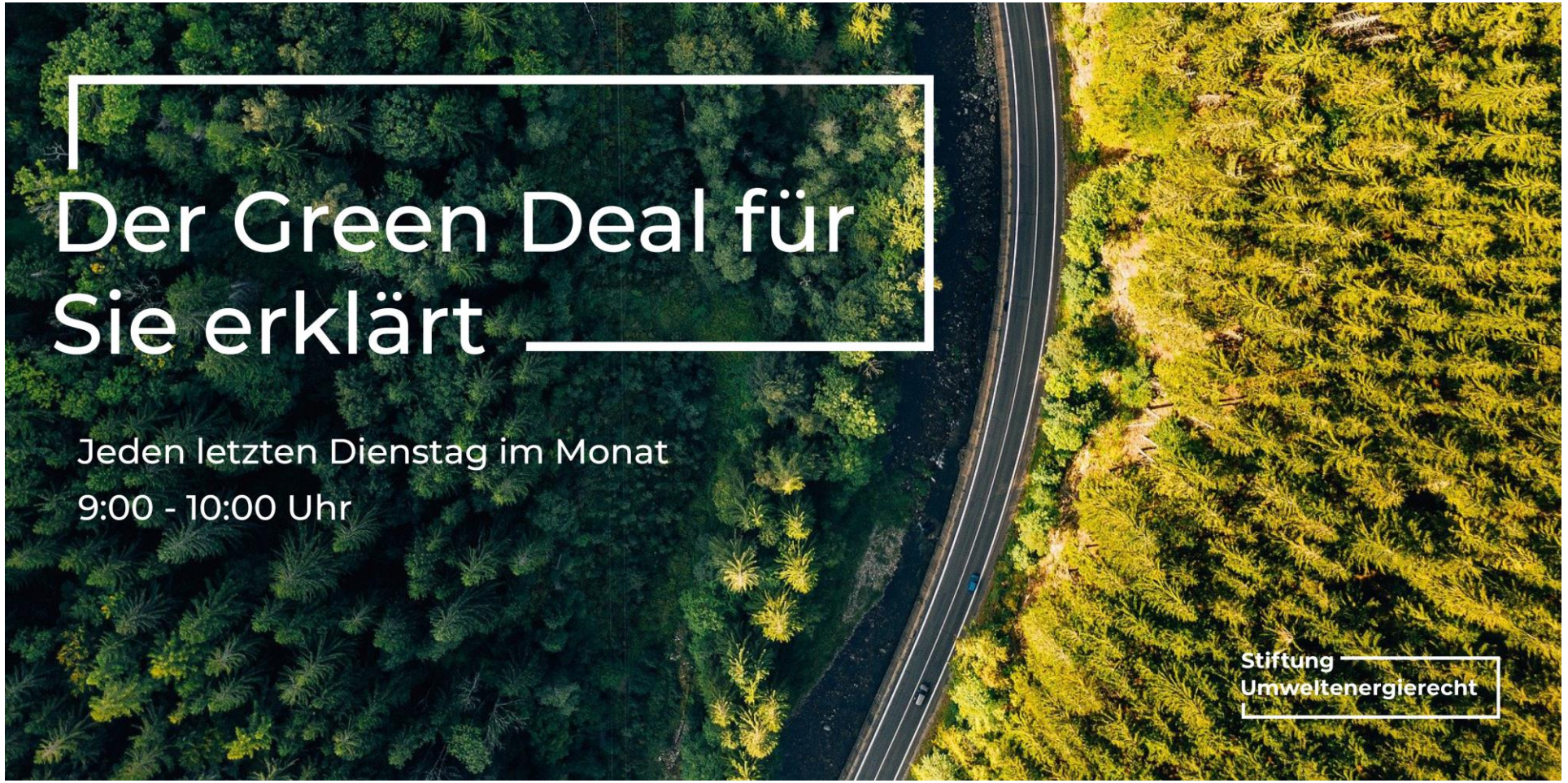
- Änderung **Erneuerbaren-RL**
  REPowerEU-Plan: Go-to-Gebiete
- Neufassung **Energieeffizienz-RL**
- Änderung **TEN-E-VO**
- Neufassung **Gebäudeeffizienz-RL**
  REPowerEU-Plan: PV-Pflicht für Gebäude
- **„Gaspaket“:** VO/RL zu **Gas-Wasserstoff-Binnenmarkt** sowie **Methan-VO**
- **Taxonomie-DelRA Gas/Atom**

Verkehr

- Änderung VO zur Festsetzung von **CO_2-Emissionsnormen**: neue Pkw und leichte Nutzfahrzeuge
- Neue VO über Aufbau der Infrastruktur für **alternative Kraftstoffe (bisher RL)**
- Neue VO **ReFuelEU Aviation**
- Neue VO **FuelEU Maritime**

Neue KOM-Leitlinien für Klima, Umwelt und Energie (**KUEBLL**) 2022-2030

Einladung zur regelmäßigen Vertiefung:

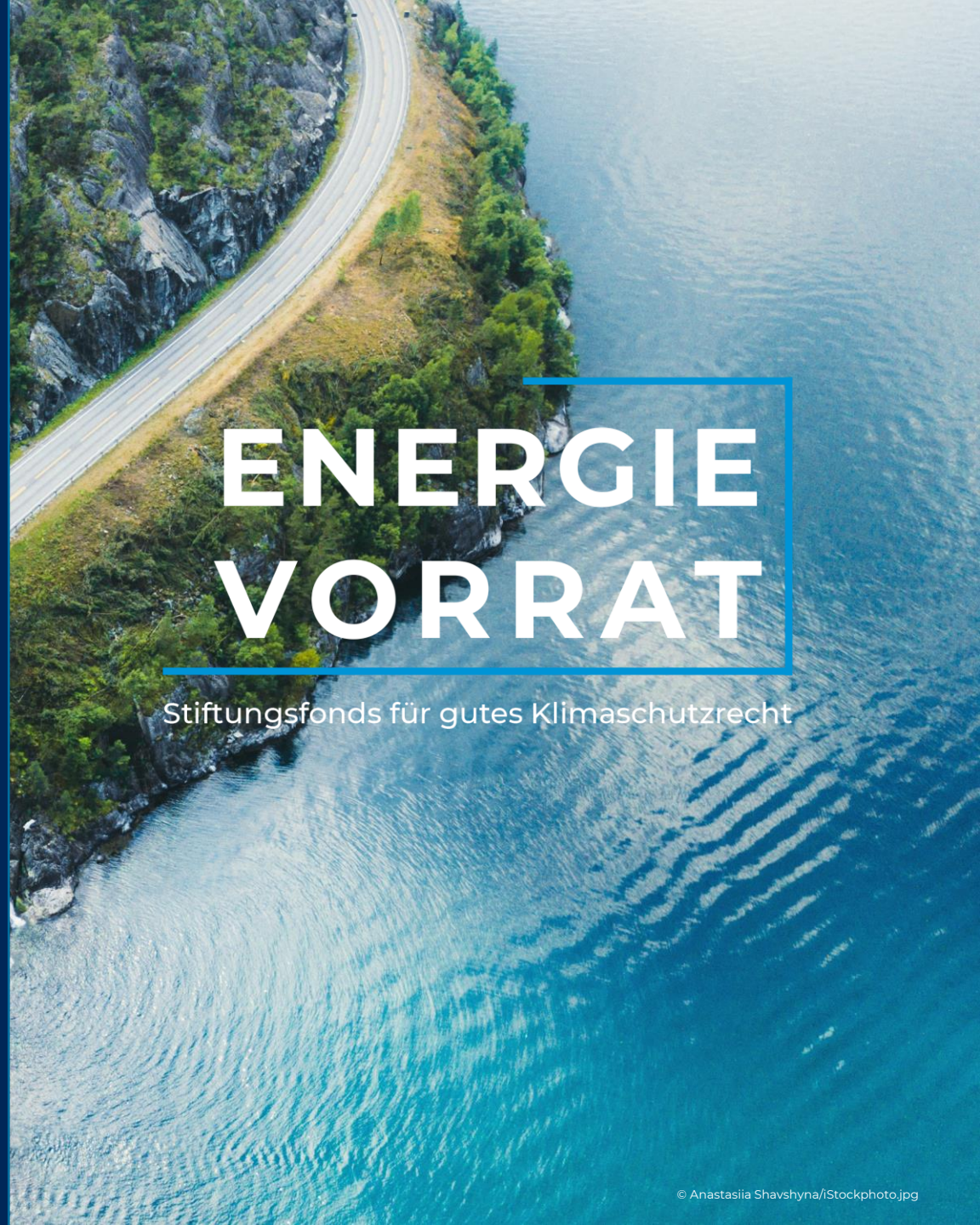


Investieren Sie jetzt in die **Zukunft** des Klimaschutzrechts!

Kontakt:
Hannah Lallathin
Referentin für Fundraising
lallathin@stiftung-umweltenergierecht.de

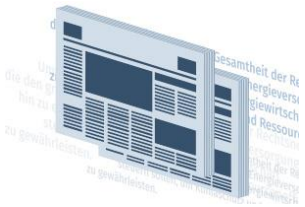
Spendenkonto zum ENERGIEVORRAT

Fürstlich Castell'sche Bank
IBAN: DE88 7903 0001 1000 9938 00
BIC: FUCEDE77



© Anastasiia Shavshyna/iStockphoto.jpg

Bleiben Sie auf dem Laufenden



Newsletter

Info | Stiftung Umweltenergierecht informiert periodisch über die aktuellen Entwicklungen

Webseite

www.umweltenergierecht.de als Informationsportal

Social Media

aktuelle Informationen auf Twitter und LinkedIn

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Stiftung
Umweltenergierecht

Dr. Thorsten Müller
Vorsitzender des Stiftungsvorstandes
und Wissenschaftlicher Leiter

mueller@stiftung-umweltenergierecht.de

Tel: +49-931-79 40 77-0

Fax: +49-931-79 40 77-29

Twitter: @tmueller_Wue

Friedrich-Ebert-Ring 9 | 97072 Würzburg

www.stiftung-umweltenergierecht.de

Unterstützen Sie unsere Arbeit durch Zustiftungen und Spenden für laufende Forschungsaufgaben.

Spenden: BIC BYLADEM1SWU (Sparkasse Mainfranken Würzburg)
IBAN DE16790500000046743183

Zustiftungen: BIC BYLADEM1SWU (Sparkasse Mainfranken Würzburg)
IBAN DE83790500000046745469